

02.04.2025 – 10:04 Uhr

Ostschweiz und Liechtenstein prüfen KI in der Verwaltung

Vaduz (ots) -

Künstliche Intelligenz (KI) soll in der Verwaltung eingesetzt werden. Um herauszufinden, wo dies sinnvoll ist, haben die Kantone St. Gallen, Thurgau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden und das Fürstentum Liechtenstein eine gemeinsame Studie in Auftrag gegeben.

Derzeit gibt es keine Übersicht darüber, in welchen Bereichen KI die Verwaltung effizienter machen oder Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen verbessern kann. Die geplante Studie soll dies untersuchen: Wo und in welchem Umfang bringt KI einen Mehrwert?

In den kommenden Monaten erstellen die Kantone zusammen mit einem Beratungsunternehmen eine Übersicht möglicher KI-Anwendungen in den Verwaltungen. Anschliessend werden diese nach Kriterien wie Machbarkeit und Risiken bewertet. Lösungen, die verantwortungsbewusst eingesetzt werden können und dem Gemeinwohl dienen, werden anschliessend vertieft geprüft. Die Ergebnisse sollen helfen, Verwaltungsprozesse weiterzuentwickeln und Dienstleistungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu verbessern.

Durch die enge Zusammenarbeit können die fünf Kantone und das Land Liechtenstein Erfahrungen austauschen und Synergien nutzen. Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2025 erwartet. Sie dienen als Grundlage für die Entwicklung einer KI-Strategie, wie sie der Kantonsrat des Kantons St. Gallen fordert. Diese soll basierend auf einer Potenzial- und Umfeldanalyse die strategischen Leitplanken zur Nutzung und zum Umgang mit KI in der Verwaltung festlegen.

Pressekontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Simon Biedermann, Generalsekretär
T +423 236 64 74
Simon.Biederamnn@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100930162> abgerufen werden.